

Neuer Anlauf

Frankreich lädt zur Nahost-Konferenz, vorerst ohne die Betroffenen. Seite 5



Große Träume

Der »kleine Mann« aus Kasimpasa – eine Erdogan-Biografie. Seite 14

Foto: dpa/Sedat Suna

Cooler Olympia

Das IOC nimmt auf Wunsch Japans fünf neue Sportarten ins Programm der Spiele 2020 in Tokio auf: Surfen, Karate, Klettern, Skateboarden und Baseball. Seite 18



Foto: 123rf/yanlev

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 3. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 128

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Trotzdem richtig

Uwe Kalbe zur Armenien-Resolution des Bundestages

Die Verbrechen an den Armeniern 1915 als Völkermord zu bezeichnen, ist gerechtfertigt. Allein die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe genügt als Grund zur Verschleppung, Deportation, Ermordung – hunderttausendfach. Dass der Bundestag auch die deutsche Mitschuld beschreibt, zeugt vom Fortschritt einer festgefahrenen Debatte. Die Resolution wird auch internationalen Folgen haben. Ob nur liebsame, ist nicht vorauszu sehen. Insofern ist die Resolution des Bundestages eine Kampfansage. Das Völkerrecht zu stärken, wäre ein honoriges Anliegen. Man kann dies nur gutheißen. Moralisch besehen.

Doch Moral ersetzt keine Politik. Die Resolution berührt viele heutige Interessen. Davon zeugten die leeren Plätze der Regierungsspitze ebenso wie die empörten Reaktionen Ankaras. Dort will man völkerrechtlicher Verurteilung vorbeugen, denkbaren Entschädigungsforderungen. Merkel befürchtet die Kündigung des Flüchtlingsabkommens durch Ankara. Im Bundestag diente die Resolution den Konservativen zur Verzierung ihres Weltbildes von den Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Teile der Linken wiederum hoffen, dass der Dissens mit Ankara genau dies bewirkt – die Kündigung des Flüchtlingsabkommens, das sie als Sprengsatz an internationalen Standards zum Umgang mit Flüchtlingen betrachten. Doch Instrumentalisierung des Völkermordes entwertet jeden moralischen Anspruch, bestätigt gar die türkische Seite. Die Resolution ist nur eine Geste. Mit beschränktem Potenzial zur Verbesserung der Welt. Richtig ist sie trotzdem.

UNTEN LINKS

Achtung, an Gleis 7 fährt jetzt ein ICE 25 nach Köln Hauptbahnhof. Die planmäßige Abfahrt war gestorn. Der Zug verkehrt heute in umgekehrter Wagenreihung. Aufgrund der hohen Außentemperatur ist unsere Klimaanlage leider ausgefallen. Wegen Bauarbeiten im Bahnhof Hannover hält dieser Zug heute ausnahmsweise nur im Bahnhof Minden. Reisende mit Fahrtziel Magdeburg fahren weiter bis Wuppertal und steigen dort um. Achtung, dieser Zug wird in Hamm/Westfalen geteilt. Die vordere Zughälfte fährt zurück nach Berlin Hauptbahnhof, die hintere Zughälfte bleibt nach kurzem Aufenthalt, wo sie ist. Ein Wechsel zwischen den Zugteilen war zuletzt in Berlin Ostbahnhof möglich. Unsere Ankunft in Köln Hauptbahnhof wird sich leider auf unbestimmte Zeit verzögern, da sich im Raum Bendersiel Schafe auf den Weiden befinden. Eine Personendurchsage: Die Zugführer aller Zugteile bitte im Bordbistro melden, wo sie das lustige Mitropa-Team gerne erwartet. rst

Kanzlerin fehlte

Resolution zum Völkermord an den Armeniern verstimmt Ankara dennoch



Regierungs-Ersatzbank während der Debatte: Immerhin Staatssekretärin Böhmer war aufgeboten.

Foto: dpa/Michael Kappeler

Berlin. Auch wenn sie am Donnerstag durch Abwesenheit glänzte – die Bundeskanzlerin kann nicht mit Milde aus Ankara rechnen, weil sie nicht dabei war: Nahezu einstimmig beschloss der Bundestag am Donnerstag die schon im Vorfeld von der Türkei heftig kritisierte Resolution, in der der Massenmord an den Armeniern im Osmanischen Reich der Jahre 1915/16 als Völkermord bezeichnet wird. Wie Angela Merkel entschuldigend sich auch Vizekanzler Sigmar Gabriel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier aus terminlichen Gründen. Gregor Gysi kritisierte ihr Fernbleiben während der Debatte als »nicht

besonders mutig«. Redner der Union bemühten sich ihrerseits um versöhnliche Worte. »Uns geht es nicht darum, die Türkei an den Pranger zu stellen«, sagte Unionsfraktionsvize Franz Josef Jung (CDU).

In Ankara möglichst wenig Aufsehen zu erregen, dieses Ansinnen gelang jedoch nicht. Umgehend erklärte die türkische Regierung die Resolution als »null und nichtig«. Das deutsche Parlament habe auf der Grundlage »verzerrter und gegenstandsloser Unterstellungen« entschieden und einen »historischen Fehler« gemacht. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan grollte von einem Besuch in

Nairobi, die Entscheidung werde die bilateralen Beziehungen »ernsthaft beeinflussen«.

Angela Merkel beeilte sich, die »freundlichen Beziehungen« beider Länder zu betonen. Die drei Millionen Menschen türkischer Abstammung in Deutschland versicherte sie, »dass Sie Teil unseres Landes sind und bleiben«. In den letzten Tagen hatte es heftige Proteste gegen die Resolution gegeben. Die armenische Regierung hingegen begrüßte die Resolution – als einen »wertvollen Beitrag« zur Anerkennung und Verurteilung des Genozids, wie Außenminister Edward Nalbandian erklärte. nd/Agenturen Seite 6

Anschlagsziel Düsseldorf

Festgenommene mutmaßliche IS-Terroristen sollen Selbstmordattentat geplant haben

Ihr Ziel war nach Erkenntnissen von Ermittlern die Düsseldorfer Altstadt: Dort sollen islamistische Terroristen einen blutigen Anschlag geplant haben. Vier Verdächtige sind gefasst.

Karlsruhe. Die Sicherheitsbehörden haben womöglich einen geplanten Anschlag in Deutschland vereitelt: Drei mutmaßliche Mitglieder der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) wurden am Donnerstag festgenommen, weil sie einen Anschlag in der Düsseldorfer Altstadt verüben wollten, wie die Bundesanwaltschaft mitteilte. Die drei mutmaßlichen IS-Mitglieder im Alter von 25 bis 31 Jahren wurden nach Angaben der Karlsruher Behörde in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg festgenommen. Ein 25-jähriger Verdächtiger sitzt in Frankreich in Untersuchungshaft, nachdem er sich im Februar den dortigen Sicherheitsbehörden offenbart hatte.

Es liegen laut Bundesanwaltschaft keine Hinweise dafür vor, dass die verdächtigen Syrer bereits konkret mit der Umsetzung ihres Anschlagplans begonnen hatten. Die Festnahmen stehen demnach auch nicht im Zusammenhang mit der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft in Frankreich.

Zwei der Beschuldigten, der 25-jährige Saleh A. und der 27 Jahre alte Hamza C., sollen sich im Frühjahr 2014 in Syrien dem IS angeschlossen haben. Sie hätten dort dann von der Führungsebene den Auftrag zu einem Anschlag in der Düsseldorfer Altstadt erhalten, erklärte die Bundesanwaltschaft.

Die Pläne sahen den Ermittlungen zufolge vor, dass sich zwei Selbstmordattentäter auf der Heinrich-Heine-Allee im Düsseldorfer Stadtzentrum mit Sprengstoffwesten in die Luft sprengen sollten. Weitere Attentäter sollten demnach danach mit Gewehren

und Sprengsätzen möglichst viele Passanten töten.

Saleh A. und Hamza C. sollen zunächst in die Türkei und schließlich im Jahr 2015 getrennt voneinander über Griechenland nach Deutschland gereist sein. Dort sollen sie spätestens im Januar 2016 den 25-jährigen Ma-hood B. überzeugt haben, sich an der Anschlagplanung zu beteiligen. Der vierte Beschuldigte, der 31-jährige Abd Arahman A.K., war den Ermittlungen zufolge bereits im Oktober 2014 im Auftrag des IS nach Deutschland gereist, um sich an dem Anschlag zu beteiligen. Er sollte demnach die Sprengwesten herstellen. Abd Arahman A.K. und Saleh A. sollen im Januar dieses Jahres Kontakt miteinander aufgenommen haben.

Zu weiteren Planungen zwischen Saleh A. und den übrigen Beschuldigten kam es laut Bundesanwaltschaft nicht, weil sich dieser im Februar 2016 in Paris den französischen Behörden of-

fenbarte. Genauere Angaben zu seinen Aussagen machte die Bundesanwaltschaft zunächst nicht.

Die Düsseldorfer Polizei wusste ebenfalls schon seit Monaten von den Anschlagplänen. »Wir waren von Anfang an in die Ermittlungen eingebunden«, sagte Polizeipräsident Norbert Wesseler der »Rheinischen Post«. Alles sei in das laufend aktualisierte Sicherheitskonzept eingeflossen. Agenturen/nd

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Verdun: Besuch in der Hölle des Widersinns

Meere: Ölkatastrophen belasten Ökosysteme

China: Volksrepublik auf Marktwirtschaftstrip

Einigung auf Ökostromreform

Koalitionsspitzen beschließen Biogasförderung

Berlin. Union und SPD haben letzte Differenzen bei der geplanten Ökostromreform ausgeräumt. Beim Treffen der Koalitionsspitzen im Kanzleramt sei die weitere Förderung von Biogasanlagen akzeptiert worden. Der Weg für die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sei damit frei, hieß es. Zuvor hatten sich Bund und Länder auf Eckpunkte für den weiteren Ausbau von Ökostrom verständigt. Danach soll der Zubau mit neuen Windparks gedrosselt werden. Die Förderung von Strom aus Biomasse, die vor allem in Bayern verbreitet ist, war bis zuletzt strittig. Nach Koalitionsangaben sei nun ein Ausbau der Biomasse in den ersten drei Jahren von 150 Megawatt geplant, in den darauffolgenden drei Jahren von 200 Megawatt.

Ebenfalls einig wurden sich die Koalitionsspitzen bei dem geplanten Teilhabegesetz, das die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung verbessern soll. Eine Einigung über die Reform der Erbschaftsteuer steht dagegen noch aus. Agenturen/nd Seiten 4 und 6

Tote bei Unwetter in Bayern

Sachschaden im Landkreis Rottal-Inn im dreistelligen Millionenbereich

Simbach am Inn. Nach der Hochwasserkatastrophe in Bayern ist die Zahl der Todesopfer auf fünf gestiegen. Am Donnerstag wurde in Simbach am Inn die Leiche eines 75 Jahre alten Mannes geborgen, teilte das Polizeipräsidium Niederbayern mit. Vier Tote waren bereits am Vortag entdeckt worden. Nach drei Vermissten wird noch gesucht. »Da befürchten wir Schlimmeres«, sagte Michael Emmer vom Polizeipräsidium Niederbayern am Donnerstag. Bei den Vermissten handelt es sich um einen 65 Jahre alten Mann sowie um ein Ehepaar.

Der Sachschaden geht allein im besonders betroffenen Landkreis Rottal-Inn in den dreistelligen Millionenbereich. Die vom Hochwasser erfasste Fläche hat die doppelte Größe des Chiemsees. Und es könnte noch schlimmer kommen: Im Laufe des späten Donnerstags rechnete der Hochwassernachrichtendienst erneut mit starken Regenfällen und einem möglichen Ansteigen der Wasserstände vor allem in Nieder- und Oberbayern. dpa/nd Seite 20

Frankreich streikt in vollen Zügen

Protest der Flugaufsicht teils abgesagt Ausfälle auch bei der Bahn in Belgien

Paris. Im französischen Bahnverkehr fallen wegen eines unbefristeten Streiks gut eine Woche vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft weiter zahlreiche Züge aus. Die für das Wochenende angekündigten Protestaktionen bei Frankreichs Flugaufsicht dagegen könnten den Reisenden erspart bleiben. Vier von fünf Gewerkschaften haben ihren Aufruf wieder zurückgenommen, wie Verkehrsstaatssekretär Alain Vidalies am Donnerstag bekannt gab. Es werde daher am Wochenende keine Störungen geben. Beim Bahnkonzern SNCF fuhren am Donnerstag nach Angaben einer Sprecherin nur etwa 60 Prozent der TGV-Hochgeschwindigkeitszüge.

Auch Bahnreisende in Belgien müssen wegen eines Streiks weiter mit Zugausfällen und Verspätungen rechnen. Im französischsprachigen Süden des Landes fuhren am Donnerstag nur wenige Züge, während es in der Region Flandern im Norden des Landes vergleichsweise wenige Behinderungen gab, berichteten belgische Medien. Agenturen/nd

Kommentar Seite 16

ISSN 0323-3375



4 198662 501709